
„Wir brauchen mehr Zuwanderung“

20.09.19

„Wir brauchen mehr Zuwanderung“

UVB-Präsident Dr. Frank Büchner im Interview mit dem Tagesspiegel

Frank Büchner, Präsident der Wirtschaftsverbände Berlin-Brandenburg, über Fachkräftemangel und Klimawandel, die AfD und die Entwicklung ländlicher Räume. Von Alfons Frese

Herr Büchner, Kenia oder lieber Rot-Rot-Grün in Potsdam?

Die Farbe ist nicht allein entscheidend. Die neue Regierung muss stabil sein und sich um den wirtschaftlichen Fortschritt in den abgelegenen Regionen kümmern. Auch einhundert Kilometer von Potsdam entfernt wollen die Menschen Sicherheit und Wertschätzung und letztlich auch ein Heimatgefühl empfinden.

Bietet das die AfD?

Das Wahlergebnis drückt die große Diskrepanz zwischen Städten und ländlichen Regionen aus. Und eine große Unzufriedenheit. Aber ich kann überhaupt nicht verstehen, wie man sich Hilfe erhoffen kann, von einer Partei, die sich von rechtsradikalen Flügeln tragen lässt.

Offenbar ist im Einigungsprozess einiges schiefgegangen.

Dafür gibt es auch Beispiele. Bei der Verteilung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen nach 1990 ist der Osten nicht so bedacht worden wie der Westen. Trotzdem haben wir einiges erreicht, und wir holen weiter auf.

Wo?

An der BTU Cottbus-Senftenberg wird eine starke medizinische Fakultät aufgebaut, gerade auch für Hausärzte für den ländlichen Raum. Und im sächsischen Hoyerswerda wird an einem Tagebausee eine IT-Fakultät errichtet mit 3000 Studenten. Schließlich schafft Siemens am Turbinenwerk in Görlitz zusätzlich einen Forschungsschwerpunkt für Wasserstoff. Das sind einige Beispiele, die in die richtige Richtung weisen. Grundsätzlich ist natürlich Infrastruktur wichtig. Es müssen schnellere Bahnverbindungen vom ländlichen Raum in die Großstädte geschaffen werden, dann können wir auch in der Lausitz, in der Uckermark oder in der Prignitz Wirtschaft und Industrie entwickeln. Die Digitalisierung bietet neue Perspektiven.

Inwiefern?

Mithilfe der Digitalisierung wachsen Räume zusammen, weil über das Internet die ganze Welt einfacher zusammenfindet. Ein Ersatzteil für eine Maschine können sie in der Lausitz entwickeln und in Australien auf einem 3-D-Drucker entstehen lassen. Digitalisierung ermöglicht Chancen, die von Politik und Wirtschaft ergriffen werden müssen, etwa durch die Etablierung von Forschungszentren der Fraunhofer Gesellschaft, Max-Planck- oder anderen Instituten. Davon können wir in Ostdeutschland mehr vertragen.

Es gibt noch keine „Leuchttürme“ in den ostdeutschen Ländern?

Doch. Auf dem Lausitzring wird autonomes Fahren getestet. Wir haben das Projekt WindNODE zum Ausbau und zur Integration erneuerbarer Energien, in der Lausitz werden in einem Reallabor die Möglichkeiten von Wasserstoffanwendungen erforscht und die Leag baut den größten Batteriespeicher Europas.

Ist das der Stoff der Zukunft?

Ja. Allein in der Autoindustrie ermöglicht Wasserstoff technologisch offen zwei Dinge: einen elektrischen Antrieb mit Brennstoffzelle oder einen Verbrennungsmotor mit synthetischem Kraftstoff. Mit Wasserstoff ist noch viel mehr möglich, auch beim Thema Wärme. Rund die Hälfte des Bruttoenergieverbrauchs hierzulande geht auf Gas- und Ölheizungen zurück. Der CO₂-Hebel wäre enorm, wenn man diese häuslichen Kraftwerke künftig mehr mit grünem Gas aus Wasserstoff betreiben würde.

Dafür brauchen wir viel mehr erneuerbare Energien.

Ja. Wir müssten aber auch nicht mehr abregeln, wenn es zu viel erneuerbare Energie für unsere Netze gibt, sondern man nutzt den Strom der Wind- und Solaranlagen dann eben für Wasserstoff. Im Moment ist das noch nicht wirtschaftlich und bedarf deshalb staatlicher Anschubfinanzierung. Perspektivisch ist hier aber sehr viel möglich, um CO₂ zu reduzieren.

Die Betriebe in Brandenburg konnten in diesem Jahr 30 Prozent der Ausbildungsplätze nicht

besetzen, 60 Prozent der Unternehmen suchen Fachkräfte. Wie bekommt man Arbeitskräfte ins Land?

Wir brauchen mehr qualifizierte Zuwanderung. 60 Prozent der neuen Arbeitsplätze werden in Brandenburg heute mit Arbeitskräften besetzt, die keinen deutschen Pass haben, in Berlin sind es 47 Prozent. Und was die Ausbildung betrifft: Wenn wir die Region Berlin-Brandenburg als Ganzes sehen, dann ist der Ausbildungsmarkt ausgeglichen. Es müssten allerdings noch mehr Berliner Jugendliche die Ausbildungsangebote im Umland wahrnehmen.

Das ist oft mit weiten Wegen und weniger Geld verbunden.

Als Siemens-Manager, der in vielen Bundesländern tätig ist, kann ich nur feststellen, dass es beim Gehalt keine großen Unterschiede mehr gibt. Bei der tariflichen Arbeitszeit ist das noch anders. Gerade die kleinen und mittelständischen Betriebe haben durch den Tarifvertrag Ost einen erheblichen Wettbewerbsvorteil, den man nicht plötzlich aufgeben kann. Ein Regulativ ist aber auch hier der Fachkräftemangel.

Wie tief wird die Rezession im kommenden Winterhalbjahr?

Das Wachstum schwächt sich ab, keine Frage. Die internationalen Handelskonflikte und die Brexit-Diskussion treffen andere Regionen zwar stärker als Berlin- Brandenburg. Wir spüren allerdings auch die Veränderungen in der Autoindustrie. Mit unseren Hochschulen und den Startups haben wir aber die Chance, relativ gut durch das Konjunkturtal zu kommen.

Ist Siemensstadt der Leuchtturm für den digitalen Wandel in Berlin?

Werner von Siemens hat 1847 das Unternehmen als Start-up in Berlin gegründet. 172 Jahre später hat Siemens mit dem Campus wieder eine langfristige Entscheidung für Berlin getroffen. Das gerade gegründete „Werner-von-Siemens Centre for Industry and Science“ schafft in der digitalen Welt eine Verbindung von der Forschungsszene zur industriellen Anwendung.

Wie geht es voran?

Der städtebauliche Wettbewerb ist eröffnet worden, die Besichtigungen der Bieter sind im Gange und Ende November werden die Konzepte bei einer ersten Jurysitzung besprochen. Anfang nächsten Jahres wird es dann eine Entscheidung geben, und dann geht es an die Detailarbeit und die Umsetzung. Die Zusammenarbeit mit dem Senat ist gut, und wir sind voll im Zeitplan. Der erste Spatenstich wird erfolgen, wenn alle Konzepte durch sind und die Genehmigungen vorliegen. Spätestens Anfang 2021 sollte es so weit sein.

Wie nehmen Sie die Debatten über Wohnungsnot und Mieten in der Stadt wahr?

Jeder sollte sich ein Dach über dem Kopf leisten können, dafür müssen wir als Gesellschaft insgesamt sorgen. Das gilt auch für die vielen Menschen, die nach Berlin kommen. Wenn wir aber mit Mietendeckeln und Enteignungen arbeiten, dann schreckt das natürlich potenzielle Investoren ab und wirkt sich negativ aus auf die Bauwirtschaft und das Handwerk, die für die Gesamtwirtschaft enorm wichtig sind. Ich warne davor, auf diesem Weg weiterzugehen.

Haben Sie Angst vor den Klimabeschlüssen der Bundesregierung?

Keineswegs. Vor einem Jahr habe ich schon empfohlen, die Fridays-for-Future- Bewegung nicht zu unterschätzen. Wir müssen da mehr machen, das ist keine Frage. Je schneller wir sind, desto besser für das Klima und für unsere Wirtschaft.

Link

Die Original-Veröffentlichung finden Sie auf der [Website des Tagesspiegels](#).

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Kontakt

Pressestelle der UVB

Mo.-Do. von 08:15 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. von 08:15 Uhr bis 15:00 Uhr

T. +49 (0) 30 31005-113

F. +49 (0) 30 31005-166

E. presse@uvb-online.de

Außerhalb der Sprechzeiten erreichen Sie unsere Pressestelle unter der Rufnummer +49 (0) 172 311 667 3.

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

Verbandskommunikation, Online-Kommunikation

Oliver

Panne

Telefon:
+49 30 31005-143

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Panne [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)